

ZT Kurznotiert

Globudent und kein Ende. Die Essener Polizei hat kürzlich einen Zahnarzt aus Mülheim in Rheinberg festgenommen. Der 47-Jährige steht im Verdacht, in betrügerische Abrechnungen verwickelt zu sein. Nach Polizeiangaben hatte er Praxis und Wohnung bereits verkauft und wollte sich nach Mauritius absetzen. Die Verhaftung steht in Zusammenhang mit der Globudent-Affäre. Das Mülheimer Dentallabor Globudent hatte seinen Billig-Zahnersatz in China produzieren lassen, den Krankenkassen jedoch den vollen Tarif in Rechnung gestellt. (WAZ)

Der Deutsche Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ) lehnt die von der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) geforderte völlige Privatisierung der zahnmedizinischen Versorgung wegen der zu erwartenden gesundheitlichen Nachteile der Bevölkerung ab. Erfahrungen aus Nachbarländern würden eine Schlechterversorgung finanzschwächerer Patienten belegen. Die KZBV und auch Zahnärztekammern und Kassenzahnärztliche Vereinigungen würden sich von einer Privatisierung eine freiere Berufsausübung mit höheren Honoraren versprechen. (DAZ)

Mehrere große Krankenkassen wollen kommendes Jahr gemeinsam mit Privatversicherern Zusatzangebote etwa für die Chefarztbehandlung auf den Markt bringen. Auch die Barmer Ersatzkasse und die Techniker Krankenkasse planen eine Zusammenarbeit. Die großen Kassen wollen mit Zusatzversicherungen zu attraktiven Konditionen Mitglieder davon abhalten, zu günstigeren Konkurrenten wie etwa Betriebskrankenkassen abzuwandern. (zahn-online)

Für einen leichteren Wechsel von Privatversicherten in eine andere Versicherung sprachen sich Politiker von Union und SPD aus. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) möchte, dass angesparte Altersrückstellungen bei einem Wechsel zu einer anderen Versicherung mitgenommen werden können. Unterstützt wird Schmidt von Unions-Fraktionsvize Horst Seehofer. Ein Wechsel ist für langjährige Privatversicherte bislang praktisch ausgeschlossen, weil die Rückstellung bei einem Wechsel nicht mitgenommen werden kann. (krankenkassen-direkt)

„Wir wollen uns ohne staatliche und sonstige Reglementierungen frei entfalten können“

ZT Zahntechnik Zeitung im Gespräch mit dem FVZL-Bundesvorsitzenden ZTM Herbert Stolle



FVZL-Bundesvorsitzender ZTM Herbert Stolle.

ZT Der Freie Verband Zahn technischer Laboratorien e.V. bezeichnet sich selbst als berufspolitische Opposition und „Kampfverband“. Welches sind die Hauptziele des FVZL? Die Einbindung unseres Berufsstandes in die Reichsversicherungsordnung (RVO) war eine riesige Dummheit. Auf der gesetzlichen Grundlage dieser Einbindung wurden sämtliche Foltermethoden, mit denen man das deutsche Zahn techniker-Handwerk ruinierte, legitimiert. Diesen Vorgang wollen wir rückgängig machen, damit wir uns ohne staatliche und sonstige Reglementierungen als Unternehmer im Sinne des Grundgesetzes frei entfalten können.

ZT Ihren Verband gibt es mittlerweile seit über zwanzig Jahren. Welche dieser Ziele konnten bisher in berufspolitische Erfolge umgewandelt werden? Unserem berufspolitischen Ziel waren wir schon einmal sehr nahe gekommen, als 1998 der damalige Bundesminister Horst Seehofer mit seinem Neuordnungsgesetz u. a. die Zwangspreise und die Budgetabschaffung und die Kostenerstattung einführt. Die meisten Innungen verteuerten diesen Akt der Befreiung als „Seeho-

fer-Murks“ und gaben ihm die Schuld an angeblich 25.000 arbeitslosen Zahn Technikern. Die Wahrheit stellte sich unterdessen völlig anders dar. Bereits Mitte 1998 hatten sich die meisten Laboratorien der neuen Situation angepasst. Das Erstaunliche daran war, dass sich nur ein geringer Teil für Preiserhöhungen entschied. Die meisten behielten ihre vorher als zu niedrig kritisierten Preise bei, etliche senkten ihre Preise, um dadurch an mehr Aufträge zu gelangen. Für uns vom FVZL war das der Sieg des freien Marktes über die Planwirtschaft.

ZT Sowohl in der Vergangenheit als auch heute – jüngstes Beispiel ist die diesjährige Jahreshauptversammlung auf Schloss Waldeck – machen Sie den Verband Deutscher Zahn techniker-Innungen (VDZI) für die derzeitige Situation der Zahn techniker verantwortlich und betiteln dessen Politik als „Katastrophe für das Zahn techniker-Handwerk“. Was genau veranlasst Sie zu dieser Kritik?

Bis Ende 2002 errechnete sich das Defizit zwischen den uns aufgezwungenen Preisen und den betriebswirtschaftlich notwendigen, der Abstand zu anderen Handwerksberufen sowie im Vergleich zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten (Prof. Dr. Oberender) auf zwanzig Prozent zu Lasten eines Dental Labors, das noch qualitätsorientiert arbeiten wollte. Wenn wir die danach folgende Nullrunde, den kollektiven Preisabzug von fünf Prozent und die weiteren besonders in den alten Bundesländern geplanten Preisabzüge hinzurechnen, kommen wir auf ein Defizit, das deutlich über dreißig Prozent liegt. Wenn das keine Katastrophe ist, weiß ich nicht, worauf man beim VDZI noch wartet!

ZT Weiterhin monieren Sie, dass der VDZI mit der ihm „zugedachten Aufgabe vollends überfordert sei“ und „nicht eines seiner zukunftssichernden Programme umsetzen konnte“. Mit welchen konkreten Lösungsansätzen kann der FVZL aufwarten, um das deutsche Zahn techniker-Handwerk aus der Krise zu führen? Bleiben wir bei den Fakten. Als uns am 8. September 2003 das 470 Seiten umfassende GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) auf die Schreibtische gelegt wurde, war die Reaktion unserer wackeren Verhandlungsführer vom VDZI und seiner Innungen „blanes Entsetzen“ (Zitat aus deren Pressemeldung). Mit anderen Worten, diese Laienspielschar hatte nicht einen Satz aus ihrer bisher so „erfolgreichen Interessenvertretung“ (Zitat aus einer VDZI-Pressemeldung) zu Gunsten der Zahn techniker im Gesetz untergebracht. Ihr anschließendes Gewinsel um Gnade und Gerechtigkeit ist an Peinlichkeit kaum noch zu übertreffen. Wie Sie sicher wissen, hat der „Freie Verband Zahn-

technischer Laboratorien e.V.“ keine Verhandlungsbeziehung. Diese liegt ausschließlich bei unseren „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ und ihrem Dachverband VDZI, die eifersüchtig darüber wachen, dass kein anderer in ihr Revier einbricht. Wenn wir „Erfolg“ definieren als den Grad der Übereinstimmung des Gewollten mit dem Erreichten, hat der VDZI alles gewollt und nichts erreicht. Mit anderen Worten: er löst nicht unsere Probleme, er ist das Problem. Dessen ungeachtet, werden wir vom FVZL in angemessener Weise und zur richtigen Zeit mit unseren politischen Freunden über die Möglichkeit sprechen, die existenzgefährdenden Passagen aus dem GMG bis zu ihrer Umsetzung im Jahr 2005 abzumildern. Ansonsten gilt: wer Rot-Grün wählt, bekommt auch Rot-Grün heraus. Die nächste Bundestagswahl ist im Herbst des Jahres 2006.

ZT Im letzten Jahr konnte der Freie Verband Zahn technischer Laboratorien auf 180

ANZEIGE



Mitglieder verweisen. Wie viele sind es aktuell? Mit dem Stichtag 14. November 2003 zählten wir 152 Mitglieder. Nach unserer Einschätzung gibt es unter den Laborinhabern in Deutschland etwa 1.000 Kollegen, die über den politischen Weitblick verfügen, um uns zuzustimmen, und die wirtschaftlich problemlos in der Lage wären, bei uns Mitglied zu werden. Wenn sie das in die Tat umsetzen, könnten wir noch wesentlich effektiver für eine sichere Zukunft des deutschen Zahn techniker-Handwerks tätig werden.

Hier halten wir es mit Bert Brecht:
*Wer zu Hause bleibt,
wenn der Kampf beginnt
und lässt andere kämpfen
für seine Sache,
der muss sich vorsehen, denn:
wer den Kampf nicht geteilt
hat, der wird teilen die Niederlage.* ZT

KOMMENTAR ZT ZAHNTECHNIK ZEITUNG

Klappern gehört zum Handwerk

Politik und Medien. Beide Bereiche sind aus unserem heutigen Leben nicht mehr wegzudenken. Sie ergeben eine Symbiose zur Information der Bevölkerung und transportieren die politischen Vorstellungen, Programme sowie Erreichtes einzelner Parteien, Verbände und Interessenvertreter. Medien haben dabei nicht nur die Aufgabe zu informieren, sondern vor allem auch die Pflicht, diese Informationen auf deren Inhalt, Substanz, Glaubwürdigkeit und Durchsetzbarkeit zu prüfen. Das bedeutet manchmal natürlich auch Kritik – positive wie negative. Und Kritik ist nun mal unbequem. Doch egal, welche Haltung man seitens einer Redaktion zu erkennen scheint, sie wird weiterhin mit Informationen versorgt. Schließlich möchte man seitens der Verbände oder Parteien (wenn's geht positiv) in der politischen Diskussion bleiben und nicht öffentlich untergehen. VDZI-Präsident Lutz Wolf hält von alledem nichts. Im Gegenteil: Die kritische Berichterstattung der ZT Zahn technik Zeitung nimmt er zum Anlass, die Innungen zum Boykott der Zeitung aufzurufen. So soll im VDZI-Vorstand ein Beschluss gefasst worden sein, dass Stellungnahmen und Interviews gegenüber der ZT zu unterlassen sind. Weder BEL, noch Ausbildungsabgabe oder GMG – zu keinem Thema darf Auskunft erteilt werden, obwohl der ein oder andere dies sicher gern tun würde. Auch Wolf, der selbst eine aktuelle Interviewanfrage vorliegen hat, kann sich nicht äußern. Denn wenn schon, dann gleiches Recht für alle! Doch mal ehrlich, sollen die Zahn techniker in Deutschland nun nicht mehr informiert werden dürfen, nur weil man sich erlaubt hat, kritisch zu sein bzw. die Dinge zu hinterfragen? Klar ist es nicht immer schön, wenn man in der Öffentlichkeit steht und für alles gerade stehen muss, was man tut. Doch Klappern gehört nun mal zum Handwerk. Und so hat dann auch ein Lutz Wolf die Pflicht, Aussagen gegebenenfalls zu korrigieren bzw. Missverständnisse auszuräumen. Dafür ist er schließlich Präsident. Doch, was macht Herr Wolf? Er schmollt in der Ecke und verbietet jedem anderen um ihn herum den Kontakt mit der ZT. Nur, ist das Ausschlagen sämtlicher Gelegenheiten (und derer gab es mittlerweile viele), die Öffentlichkeit und damit die Zahn techniker über Ziele und Inhalte des VDZI zu informieren, wirklich die richtige Taktik? Ist es wirklich erstrebenswerter, in zahnärztlichen Medien über berufspolitische Neuigkeiten des Zahn techniker-Handwerks zu informieren? Wohl kaum. Vielleicht wacht man ja im hessischen Frankfurt schon bald wieder auf und findet den Weg zurück in die zahn technische Öffentlichkeit.

Ihre Cornelia Sens



Keine Beitragssenkungen

Gesundheitsreform wird vorerst wohl nicht zu einer Senkung der Kassenbeiträge führen

(cs) – Die meisten Krankenkassen wollen trotz der Forderungen der rot-grünen Regierung ihre Beiträge zunächst nicht zum Jahreswechsel senken. Dies geht aus einer Umfrage des ZDF-Wirtschaftsmagazins „Wiso“ unter 207 Krankenkassen hervor. So haben bisher nur 19 Kassen – darunter als einzige Großkasse die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) – eine Senkung der Beiträge zum Jahreswechsel geplant. 103 Versicherer wollen hingegen die Beiträge zunächst unverändert lassen, so das Er-

gebnis der Umfrage. Die Betriebskrankenkassen, denen rund ein Fünftel der Pflichtversicherten angehören, wollen im Laufe des Frühjahrs 2004 reduzieren. Trotzdem die Kassen im kommenden Jahr durch die Gesundheitsreform um 10 Mrd. € entlastet werden (wovon 7 Mrd. € zur Beitragssatz-Ermäßigung um 0,7 Prozentpunkte verwendet werden müssen), ist eine Absenkung nicht in Sicht. So werde es statt der von Regierungsseite erwarteten Reduzierung der durchschnittlichen Beiträge von derzeit 14,3 auf 13,6% „allenfalls einen Rückgang auf knapp unter 14% geben“, so Norbert Klusen, Vorstandschef der Techniker Krankenkasse gegenüber dem „Tagespiegel“. „Ohne den Gesundheitskompromiss hätte es im kommenden Jahr Steigerungen auf bis zu 14,9% gegeben“, so Klusen weiter. Ob die TK letztendlich ihren Beitrag senken wird, entscheidet sich noch dieses Jahr. Auf Grund der nach wie vor angespannten Finanzlage sind die Kassen der Meinung, dass die Ausgangsbasis für eine Beitragssenkung nicht 14,3, sondern 14,6 % sind. Somit wäre 2004 lediglich eine Reduzierung auf 13,9 % erreichbar. ZT

ANZEIGE



Viscon Verbindungs-Liquid

- ✓ Einkomponentenmaterial für spannungsfreies Verbinden von Implantat-/Kunststoff- und Wachssegmente
- ✓ intra-/extraoral anwendbar
- ✓ lichthärtend
- ✓ schrumpfungsfrei
- ✓ dünnfließend
- ✓ verbrennt rückstandlos

Wollner Dental
Erlenstraße 36
90441 Nürnberg
Tel.: 09 11/ 63 80 3-0